

Antrag

öffentlich

Datum	Nummer
06.07.2022	A0145/22

Absender

Fraktion DIE LINKE

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates

Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

01.09.2022

Kurztitel

Übernahme der Zuzahlung zu den sog. Corona-Bürgertests

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Übernahme der Zuzahlung zu den sog. Corona-Bürgertests für Inhaber:innen der Otto-City-Card bzw. Empfänger:innen von Sozialleistungen sowie für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren zu realisieren. Zudem sollen auch Menschen ohne festen Wohnsitz, die aber in Magdeburg leben, Berücksichtigung finden.

Gleichzeitig soll die Oberbürgermeisterin Kontakt zum Land und der Gesundheitsministerin aufnehmen und dort sich für die Erstattung der Ausgaben für die Zuzahlungen der Tests in der Kommune einsetzen.

Begründung:

Am 24.6.2022 hat der Bundesgesundheitsminister Lauterbach verkündet, dass ab dem 1.7.2022 kostenfreie Bürgertests nur noch für:

- vulnerable Gruppen,
- Kinder bis fünf Jahre,
- Schwangere im ersten Trimester,
- Krankenhaus- und Pflegeheim-Besucher:innen,
- Haushaltsangehörige von Infizierten,
- Bewohner:innen von Einrichtungen der Eingliederungshilfe,
- und diejenigen, die sich nicht impfen lassen können,

angeboten werden. Gerade Menschen, die von Sozialleistungen leben bzw. ein geringes Einkommen haben und Aufstocken müssen, werden sich auch mit Blick auf gleichzeitig extrem steigende Energie- und Lebensmittelpreise diese Zuzahlung von 3 Euro nicht leisten können. Viele werden daher eher auf Tests verzichten. Dies wirkt einer effektiven Bekämpfung der Pandemie gerade mit Blick auf den Herbst kontraproduktiv entgegen. Um allen Menschen der Stadt unabhängig vom Geldbeutel einen Gesundheitsschutz zu gewährleisten, ist es erforderlich für die genannten Zielgruppen die Zuzahlung der Tests zu übernehmen.

Der Bund senkt die Zuzahlung zu den Tests von 9,50 Euro auf 6,50 Euro. Lauterbach hat die Länder aufgefordert, diese Differenz entsprechend zu übernehmen. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn die Landeshauptstadt Magdeburg auch hier entsprechend diese Forderung an das Land heranträgt, um den kommunalen Haushalt nicht mehr als nötig zu belasten.

Nadja Lösch
Fraktionsvorsitzende

René Hempel
Fraktionsvorsitzender